



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

12.01.2023
HHA

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Durchführung einer Bedarfsevaluation der Ganztagsangebote im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026**

Einzelplan **04** **Hessisches Kultusministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 59 Bezeichnung Schulen

Produktnummer 115 neu Bezeichnung Evaluation Ganztagsangebote

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	0	200.000	200.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	0	0	
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Wie der Hessische Städtetag in der Anhörung zur Novellierung des Hessischen Schulgesetzes bemängelt hat, fehlt es in Hessen bis heute an einer Datengrundlage im Hinblick auf den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Um dieser Datenlosigkeit Abhilfe zu schaffen, fordern wir eine entsprechende Datenerhebung mit anschließender wissenschaftlicher Evaluation des konkreten Ganztagsbetreuungsbedarfes ab 2026 sowie der dafür nötigen Mittel. Als Finanzierung halten wir diesbezüglich 200.000 Euro für ausreichend. Insbesondere ist dabei auf die Wünsche und Sorgen der Eltern abzustellen, denn nicht alle Eltern in Hessen benötigen und/oder wünschen eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder. In Kenntnis des genauen Anforderungsbedarfs zur Verwirklichung des Ganztagsanspruches kann dieser zielgenauer geplant und bei der konkreten Umsetzung letztlich Steuergeld eingespart werden.

Wiesbaden, 12. Januar 2023

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou